Israels Gewerkschaften im Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Begin

Autor(en): **Meshel, Yerucham**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **71 (1979)**

Heft 6

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354948

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Israels Gewerkschaften im Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Begin

Yerucham Meshel

Das Verhältnis zwischen der Regierung Begin und den Gewerkschaften in Israel wird wegen der vehängnisvollen Versuche der Regierung, die Wirtschaft nach monetaristischen Gesichtspunkten zu lenken, immer gespannter. Die Folgen der Regierungspolitik waren eine galoppierende Inflation (etwa 50 Prozent im Jahre 1978), eine ernste Vernachlässigung der Sozialpolitik und die ständige Gefahr einer weiteren Aushöhlung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung.

Die Likud-Regierung (ein Block der Rechtsparteien) überrumpelte die Öffentlichkeit in Israel Ende Oktober 1977, ein paar Monate nach ihrem Wahlsieg, mit ihrem «revolutionären» Programm für «wirtschaftlichen Umbruch». Zuvor hatte sie den Vorschlag der Histadrut abgelehnt, ein für die Gewerkschaften, die Regierung und die privaten Unternehmer verbindliches Abkommen abzuschliessen, das Preise, Steuern und Gewinne mit dem ausdrücklichen und eindeutigen Ziel, die Inflation so schnell wie möglich einzudämmen, aneinandergekoppelt hätte.

Statt dessen orientierte die Regierung ihre Politik an der Ideologie des klassischen Liberalismus, dessen wichtigster zeitgenössischer Vertreter Professor Milton Friedman von der Universität Chicago ist. Im Rahmen dieser neuen Politik gab die Regierung den Kurs des israelischen Pfundes mit dem Ziel einer 50 prozentigen Abwertung frei, hob die Wechselkurskontrollen auf (womit Währungsschmuggler praktisch für ihre Mühen belohnt wurden) und setzte die Mehrwertsteuer um 4 Prozent herauf – von 8 auf 12 Prozent.

Zu dem Zeitpunkt wäre eine Politik der Inflationsbekämpfung (Inflationsrate 1977: 37 Prozent) am allerdringlichsten gewesen, aber das Vorgehen der Regierung hat noch Öl auf das Feuer der Inflation gegossen.

Wie immer in einer solchen Lage, waren die am schwersten betroffenen Gruppen die Lohnempfänger, die Rentner und alle in den unteren und mittleren Einkommensgruppen, während die Wohlhabenden, Besitzenden und Grundeigentümer reicher wurden.

Angesichts der neuen Wirtschaftspolitik war es die Pflicht der Histadrut, aus Protest und zur Warnung eine Reihe von Massnahmen in Gang zu setzen, um den Lebensstandard der Arbeitnehmer vor weiteren Übergriffen zu schützen.

Als Sofortmassnahme verpflichteten wir die Regierung und die Arbeitgeber, im Januar 1978 einen Vorschuss auf die Lebenshaltungskostenzulage zu zahlen, um in der Zwischenzeit, während ein

umfassendes Abkommen ausgehandelt werden kann, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Als zweiten Schritt brachten wir die Regierung dazu, ein Abkommen über einen halbjährigen Preisstopp für Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen sowie über Verzicht auf Steuererhöhungen für diesen Zeitraum zu unterzeichnen.
Zusätzlich hat sich die Regierung verpflichtet, ein Abkommen zur Angleichung des Lebenshaltungskostenindex alle sechs Monate beizubehalten, mit der Möglichkeit, im Falle pauschaler Preiserhöhungen den Termin vorzuverlegen. Schliesslich haben wir auch neue Tarifverträge für 1978/79 abgeschlossen, in denen den Arbeitnehmern in allen Branchen angemessene Lohnerhöhungen zugestanden werden.
Heute behauptet der Finanzminister, er habe Schwierigkeiten, einen ausgeglichenen Staatshaushalt für 1979 vorzulegen, da die Öffentlichkeit zuviel Geld habe. Dies sei der Grund für den inflationären Druck. Natürlich lautet die Frage, wer diese überschüssige Kaufkraft hat, und die Antwort ist klar –, nicht die Arbeiter, denn deren Einkommenssteuer wird direkt vom Lohn einbehalten. Dagegen haben diejenigen Gruppen, die von dem «wirtschaftlichen Umbruch» profitiert haben, mehr als genug. Durch inflationäre Gewinne, die nicht ordnungsgemäss besteuert wurden, haben sie illegales Kapital angesammelt.
Wir fordern die Regierung auf, hart gegen illegales Kapital vorzugehen. Was sie statt dessen tut, ist eine drastische Beschneidung der Subventionen für Grundnahrungsmittel und wichtige Dienstleistungen wie Milch, Öl, Margarine und öffentlicher Verkehr, wodurch die Inflation in Wirklichkeit nur beschleunigt wird.
Gleichzeitig ist die Regierung bemüht, andere öffentliche Ausgaben zu beschneiden. Zu den ersten Kandidaten gehören Sozialleistungen für die Bedürftigen und Armen. Dies können wir unter gar keinen Umständen hinnehmen, zumal klar ist, dass die für Sozialausgaben benötigten Gelder dadurch aufgebracht werden können, dass man das illegale Kapital ausfindig macht und die Leute, die sich ihrer Steuerpflicht entzogen haben, im vollen Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen besteuert.
Wir haben unsere Forderungen zu diesen Themen in einer detaillierten Denkschrift an den Minister formuliert. Unsere Hauptforderungen betreffen die Lebenshaltungskostenzulage, Besteuerung, Preise, Planung in Landwirtschaft und Industrie, Wohnungsbau, Arbeitsplätze, Anhebung der Sozialversicherungsleistungen und Anreize für Produktivitätssteigerungen.
Ausserdem haben wir beschlossen, dass künftig die Lebenshaltungskostenzulage zweimal jährlich angeglichen werden muss. Wenn aber die Preise innerhalb eines Vierteljahres um über 8 Prozent steigen, werden wir darauf bestehen, dass die Angleichung nach einem Vierteljahr berechnet und dementsprechend ausgezahlt wird.

Für das Steuerwesen haben wir folgende Forderungen gestellt: Die Finanzämter müssen mehr Personal einstellen, der Apparat muss effizienter arbeiten; alle Selbständigen müssen verpflichtet sein, Bücher zu führen, die überprüft werden; eine neue Liste all derer, die Steuerrückstände haben, müsste aufgestellt werden.
Wir haben uns auf das energischste jeder Erhöhung der Mehrwertsteuer entgegengestellt, und zwar aus dem Grunde, dass das zu sozialer Diskriminierung führen würde. Ebenso haben wir gefordert, dass die Mehrwertsteuer nur auf Grosshandelsebene erhoben werden soll, wenn keine Mittel und Wege gefunden werden, baldisgt sicherzustellen, dass die von Einzelhändlern kassierte Mehrwertsteuer ordnungsgemäss ans Finanzministerium abgeführt wird.
Kapitalertrags- und Grundsteuern sollten auf progressiver Basis erhoben werden.
Zum Schutz des Verbrauchers haben wir an die Regierung appelliert, die Liste der Waren, für die eine Höchstpreisgrenze festgesetzt ist, auszuweiten und eine wirksame Überprüfung der Gewinnmargen beizubehalten. Ein bestimmter Prozentsatz des Staatshaushaltes sollte dafür bereitgestellt werden, Güter des Grundbedarfs zu subventionieren. Wir haben die Wiederaufnahme der Planung in der Landwirtschaft und eine bessere Wohnungspolitik gefordert.
Bei der Vorlage unserer Denkschrift teilten wir dem Finanzministerium mit, dass der Vorstand vom Hauptausschuss der Histadrut ermächtigt worden ist, Aktionen einzuleiten – darunter, falls notwendig, Streiks –, um die Regierung zu zwingen, die erforderlichen Massnahmen zur Eindämmung der Inflation und zur Entschädigung der Arbeitnehmer für jedwede Aushöhlung der Reallöhne zu ergreifen.
Ein weiterer Konfliktsbereich ist der Plan der Regierung, öffentliche Unternehmen in Privateigentum zu überführen. Selbstverständlich besteht keine Nachfrage nach Unternehmen, die keine Gewinne abwerfen, so dass die gewinnbringenden Unternehmen, in die unter gewaltigen Risiken Riesensummen des Volksvermögens investiert worden sind, zum Verkauf angeboten werden. Wir haben der Regierung bereits klargemacht, dass diese Politik auf leidenschaftlichen Widerstand seitens der Histadrut und der Arbeitnehmer der betroffenen Unternehmen stossen würde.
Andererseits ist die Regierung paradoxerweise und in krassem Widerspruch zu ihrer eigenen Politik jetzt darauf aus, ein Gebilde zu verstaatlichen, das nur als erstklassiger Wohlfahrtsdienst bezeichnet werden kann – die Krankenkassen, und von ihnen zuallererst die Histadrut-eigene «Kupat Holim», die 70 Prozent der Gesamtbevölkerung betreut.
Wir lehnen nicht den eigentlichen Regierungsentwurf zum Krankenversicherungsgesetz ab, aber wir würden es begrüssen, wenn der Entwurf auf dem bestehenden Krankenkassensystem basieren würde. Wir haben die Regierung gewarnt, dass eine Verstaatlichung der

Krankenkassen oder ihre Verwandlung in einen Erfüllungsgehilfen des Gesundheitsministeriums den Leistungsstand der ärztlichen Versorgung herabsetzen und ihre Kosten erhöhen würde. Gleichzeitig würden dadurch der Status und die Arbeitsplätze der Angestellten in den bestehenden Gesundheitsdiensten gefährdet. Was aber das Schlimmste ist: die Folge wäre, dass sich zwei Klassen im Gesundheitswesen herausbilden würden, eine für die Reichen und die andere für alle übrigen.

Unser Kampf gegen die Regierungspolitik ist nicht politischer Natur, sondern ein gewerkschaftlicher Kampf, der gesellschaftliche und ökonomische Fragen zum Gegenstand hat. In diesem Geist haben wir die umfassende Mitarbeit von allen politischen Gruppierungen innerhalb der Histadrut, einschliesslich der wichtigsten Fraktion der Opposition, der Likud, zugesichert bekommen.

Obwohl ich auf der Liste der israelischen Arbeiterbewegung, die bei den Wahlen auf dem letzten Gewerkschaftstag der Histadrut die Mehrheit errungen hat, gewählt worden bin, betrachte ich mich in meiner Eigenschaft als Generalsekretär der Histadrut als Repräsentant aller ihrer Mitglieder, unabhängig von ihrer politischen Bindungen oder Ansichten, und dasselbe gilt für alle Mitglieder des Hauptausschusses.

Diese Tatsache verstärkt unsere Zuversicht, dass wir in unserem Kampf für eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens, für mehr Gleichheit, für Eindämmung der Inflation und für die Bewahrung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung gewinnen werden.